

Kommentar zur Ratssitzung

In der letzten Ratssitzung wurde von der rechten Ratsseite nochmals der Sparhobel angesetzt. Erneut traf es die untere Schicht der Erwerbstätigen. Genauer, den unteren Mittelstand bei der Prämienverbilligung. Obwohl schon der vom Regierungsrat vorgeschlagene kantonale Betrag von 106 Mio. wie er selber schreibt, das absolute Minimum darstelle, wurde dieser Betrag nochmals auf 96 Mio. gekürzt. Der Kantonsbeitrag hätte sich eigentlich parallel zum erhöhten Bundesbeitrag bewegen und somit 121 Mio. Franken betragen müssen. Mit diesem nun beschlossenen ungenügenden Mitteleinsatz nehmen wir in Kauf, dass viele Personen ihre Prämien oder Kostenbeteiligungen nicht mehr bezahlen können. Kommt es in dieser Folge zu einem Betreibungsverfahren, so bleiben ab 2018, 85% der Ausstände bei den Gemeinden hängen! Da die Betreibungsverfahren aber länger dauern und die Verlustscheine erst nach 2-3 Jahren anfallen, wird dieser Trend erst verzögert erkennbar. Auch wird dieser Entscheid dem KVG nicht mehr gerecht welches verlangt, dass eine bedarfsgerechte Prämienverbilligungspolitik sicherzustellen sei, damit die auf Prämienverbilligung angewiesenen Personen in genügendem Mass unterstützt werden. Dabei sind nicht nur Personen gemeint, welche knapp über dem Existenzminimum leben, sondern eben auch, oder gerade Personen und Familien des unteren Mittelstandes. Statt also den unteren Mittelstand zu entlasten, belasten wir diesen zusätzlich und führen diesen weiter nach unten Richtung Existenzminimum oder gar an den Rand der Sozialabhängigkeit. Dieser sozialpolitische Unsinn muss oder müsste uns eigentlich zu denken geben.

Roland Agustoni, GLP Grossrat, Rheinfelden